

Gemeinsame Pressemitteilung

der Kommunen Spremberg, Welzow, Trebendorf, Boxberg/O.L. Groß Düben, Schleife, Spreetal, Rietschen und Weißwasser/O.L.

zum Gespräch am 25.01.2016 der Bürgermeister/innen der vorgenannten Tagebau Gemeinden mit der Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks in Spremberg

Durch die Vermittlung des Bundestagsabgeordneten Thomas Jurk (SPD) kam ein Gespräch zwischen den Bürgermeistern der Tagebau Gemeinden und der Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks zustande.

Von den Bürgermeistern waren Frau Herntier (Spremberg), Frau Zuchold (Welzow), Frau Antonius (Trebendorf), Herr Oberbürgermeister Pötzsch (Weißwasser/O.L.), Herr Junker (Boxberg/O.L.), Herr Krautz (Groß Düben), Herr Hermasch (1.stellv. Bürgermeister Schleife), Herr Heine (Spreetal) und Herr Brehmer (Rietschen) anwesend.

Außerdem Herr MdB Freese (der auch seine Büroräume zur Verfügung stellte) und Herr Thomas Baum Mitglied des Sächsischen Landtages (beide SPD).

Frau Herntier erinnerte, dass Sie bereits Kontakt mit dem Bundesumweltministerium zum Thema braune Spree hatte. Durch die aktuelle Umweltpolitik gäbe es ständig neue Meldungen zum Thema Braunkohleausstieg, dass laufe den Interessen der Stadt entgegen. Ohne Braunkohleverstromung hätte die Stadt weniger Geld zur Verfügung und könne wichtige Infrastruktur nicht ausreichend zur Verfügung stellen. Die Energiewende wird auf den Rücken der Einwohnerinnen und Einwohner der Lausitz ausgetragen.

Frau Zuchold verwies darauf, dass die Rahmenbedingungen für die Braunkohle verlässlich geklärt werden müssen. Als Ausgleich für einen Strukturwandel forderte sie Sonderwirtschaftszonen für die Lausitz einzurichten.

Herr Krautz erklärte, dass er bereits 27 Jahre Bürgermeister sei und der drohende Braunkohleausstieg einer der schwierigsten Umbrüche werde, die er mitmachen müsse.

Herr Pötzsch verwies darauf, dass die Stadt schon einen riesigen Strukturbruch mitmachen musste. So sei die Stadt von 37000 Einwohner auf 17000 Einwohner geschrumpft. Die Glasindustrie sei im Wesentlichen weggebrochen und durch den Wegfall der Gewerbesteuer von Vattenfall drohten zusätzliche Sparmaßnahmen im freiwilligen Bereich (Schließung Glasmuseum, Tierpark, Bibliothek, Wegfall sozialer Projekte). Grundsätzlich sei es schwierig, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Frau Antonius erklärte, dass die Bürger dringend Planungssicherheit, auch für ihre persönliche Lebensplanung, benötigten. Der geplante Umsiedlungsprozess wurde umfassend und intensiv mit den Bürgern gemeinsam über mehrere Jahre vorbereitet. Es ist zu klären, wie es mit dem Bergbau in der Region weitergeht. Die Menschen brauchen klare Perspektiven.

Herr Junker sagte, dass die Gemeinde eine hohe Abhängigkeit von der Verstromung der Braunkohle habe. In der Vergangenheit hätte die Gemeinde davon gut gelebt und konnte Investitionen für die Zukunft zum Beispiel bei der Infrastruktur des Bärwalder Sees schaffen. Der Abbau der Kohle gehöre seit mehr als 100 Jahren zur Lausitz.

Herr Heine erklärte man muss auch Perspektiven zum Beispiel für dieses stoffliche Nutzung der Braunkohle aufzeigen außerdem hat sich die Region den Namen "Energiregion" gegeben und diese wolle man auch bleiben.

Herr Hermasch sagte, die Menschen in der Region bräuchten Perspektiven, insbesondere die sorbische Bevölkerung. Dabei verwies er auf genehmigte Braunkohlenpläne als auch auf eigene Entwicklungspläne der Gemeinde Schleife. Diese seien mit einem Braunkohle-Ausstieg in Frage gestellt.

Herr Brehmer erklärte, dass die Gemeinde Rietschen seit der Wende 900 Einwohner verloren habe, die Gewerbesteuer aus der Braunkohleverstromung sei eine wichtige gemeindliche Einnahme. Ein möglicher Ausstieg aus der Braunkohle brauche wesentlich mehr Zeit als bis 2050 und er bat darum einen Ausstieg aus der Braunkohle mit einem bundesfinanzierten Struktur-Entwicklungsprozess zu begleiten.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unterstrichen, dass sie von Anfang an bei dem Prozess einer neuen Strukturentwicklung für die Lausitz mitgenommen werden wollen und gemeinsam mit allen Beteiligten an diesem mitgestalten werden.

Die Ministerin erklärte, dass sie drei Probleme für die Region sehe.

1. der Verkaufsprozess,
2. die Braunkohlenpläne sind beklagt, dies soll jedoch Landessache sein, ein möglicher Investor kenne das Risiko,
3. die Energiewende, dafür sei ihr Haus zuständig.
Das Ziel lautet bis 2050 eine klimaneutrale Industrie in Deutschland zu haben. Dieses Ziel sei auch nicht neu, Vereinbarungen darüber gebe es schon seit 2010. Sie sieht ihre Aufgabe darin, einen Klimaschutzplan aufzustellen, dieser soll im Sommer 2016 durch das Parlament bestätigt werden.
Sie möchte die Region und die Mitarbeiter der betroffenen Unternehmen einbeziehen und mitnehmen. Eine begleitende Strukturentwicklung sieht sie auch als notwendig. Dafür sei auch das Bundeswirtschaftsministerium zuständig. Sie könne sich vorstellen in der Lausitz Pilotvorhaben zur Energieumwandlung wie z.B. Power-to-Gas oder Power-to-Liquid umzusetzen.

Ulrich Freese zeigte sich zuversichtlich, dass der Verkaufsprozess planmäßig verlaufe. Anschließend werden die wichtigsten Probleme weiter bearbeitet werden.

Thomas Baum forderte, man dürfe die Menschen mit ihren Sorgen nicht mehr allein lassen.